

Berlin, den 24.4.1990

Ich rufe die Öffentlichkeit der BRD und Berlins dazu auf, sich für das Leben von Herrn Sargin und Herrn Kutlu und für die Abschaffung der Paragraphen 141,142 des türkischen Strafgesetzbuches einzusetzen. In einer Welt, wo die Erhaltung der Menschenrechte das höchste Gebot ist, kann man nicht zulassen, daß Menschen in der Türkei wegen ihrer Gesinnung verfolgt werden.

Martin Hirsch

Richter des Bundesverfassungsgerichtes a.D.

24/4. 90/ hls H

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ

Die Bürgermeisterin von Berlin

An die  
Botschaft der Republik Türkei  
in der Bundesrepublik Deutschland  
S. E. Herrn Botschafter Resat Arim  
Utestraße 47

5300 Bonn 2

Berlin, 12. April 1990

Seine Exzellenz,

die Nachricht, daß die immer noch inhaftierten Nihat Sargin und Haydar Kutlu in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind, ja zum Todesfasten bereit sind, macht mich tief betroffen. Alle Demokraten unterschiedlichster politischer Richtung hatten gehofft, daß die demokratischem und rechtsstaatlichem Denken widersprechenden Paragraphen 141, 142 und 163 Ihres Strafgesetzbuches gestrichen oder geändert werden. Ich appelliere an Sie und Ihre Regierung, in diesem Sinne tätig zu werden. Politische Prozesse und Sondergerichte sind besonders in einer Zeit demokratischer Erneuerungen anachronistisch und nicht mehr schweigend zu übergehen. Die Ankündigung, die Türkei sei auf dem Weg zur Demokratie, wird nicht zuletzt an der Rechtsstaatlichkeit in Ihrem Lande und konkret am Schicksal der Gefangenen Sargin und Kutlu bewertet werden. Ich ersuche Sie, Ihre Regierung von meiner Bitte um Freilassung der beiden Politiker und anderer politischer Gefangener zu unterrichten.

Hochachtungsvoll

  
Ingrid Stahmer

Telefon  
8-61-29-14  
8-61-44-49  
863003-0  
Telefax  
8 61 92 04

Alternative Liste · Badensche Straße 29 · 1000 Berlin 31

An den  
Ministerpräsidenten der Türkei  
Herrn Yildirim Akbulut  
Bakamliklar - Ankara

per fax 00904-2308896



Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom

Datum

10.4.90

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie wir erfahren haben, haben Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu, führende Mitglieder der Kommunistischen Partei, im Zentralgefängnis von Ankara ein Todesfasten begonnen.

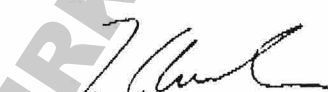
Nach den uns vorliegenden Informationen wollen sie sich mit diesem Schritt für eine Achtung der Menschenrechte und für eine Demokratisierung der Türkei einsetzen.

Aus Berichten in deutschen Zeitungen geht hervor, daß Tausende politische Gefangene in den türkischen Haftanstalten einsitzen, daß eine kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der Türkei unter Strafe steht, daß Zeitungen zensiert werden, daß die kurdische Bevölkerung in der Türkei einem militärischen Terror unterliegt und jeglicher Rechte beraubt sind.

Gerade in Berlin haben die Menschen in den vergangenen Monaten erfahren, wie wichtig Demokratie, Frieden und Achtung der Menschenrechte ist.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dringend um die Freilassung aller politischen Gefangenen aus den türkischen Haftanstalten, insbesondere von N. Sargin und H. Kutlu, um die Streichung der §§ 141, 142 und 163 aus dem türkischen Strafgesetzbuch und für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei.

Es grüßt Sie hochachtungsvoll

  
(i.A. Jürgen Strohmaier)

(Zweitschrift zur  
Kontaktaufnahme)



Sozialistische Jugend Deutschlands  
Die Falken · Landesverband Berlin

SJD-Die Falken · Prinzessinnenstraße 16 · 1000 Berlin 61  
An den  
Ministerpräsidenten der Türkei  
Yildirim Akbulut  
Bakanliklar - Ankara

Prinzessinnenstraße 16  
1000 Berlin 61  
Telefon (030) 61470 06

Datum:

12.4.90

Betrifft: Haydar Kutlu und Nihat Sargin

Die Namen von Kutlu und Sargin sind in unserem Lande keineswegs unbekannt. Sie werden seit längerer Zeit in Verbindung gebracht mit der entgegen offiziellen Verlautbarungen fortdauernden politischen Unterdrückung in der Türkei.

Ihre Behandlung durch die türkische Justiz steht für viele anderen Insassen türkischer Gefängnisse. Wie viele andere werden sie unter unwürdigen Bedingungen in Haft gehalten und gefoltert. Damit werden, wie auch amnesty international bestätigt, internationale Verträge gegen die Folter, denen auch die Türkei beigetreten ist, gebrochen. Diese Verhältnisse sind eines Landes unwürdig, daß mit der EG durch Verträge verbündet ist und das für sich in Anspruch nimmt, ein demokratisch verfaßtes Land zu sein.

Wir unterstützen daher die Forderung auch des Europa-Parlamentes nach Freilassung der politischen Gefangenen sowie die Garantie ihrer freien politischen Betätigung. Dazu gehören auch die Aufhebung der Todesstrafe sowie die Streichung von Gesinnungsparagrafen, insbesondere der Paragrafen 141, 142 und 163.

Eile ist dabei geboten, denn Kutlu und Sargin sind seit Anfang des Monats in den Hungerstreik getreten. Als letztes Mittel gegen die staatliche Unterdrückung setzen sie ihr Leben ein.

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf: Setzen sie mit der Freilassung von Kutlu und Sargin Zeichen zur wirklichen Demokratisierung in Ihrem Lande.

Bettina Michalski

(Bettina Michalski,  
Jugendsekretärin)

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,  
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,  
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale

**Liga**

für Menschenrechte

im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin 12

☎ (030) 324 36 88

Bürozeiten: Montag und Donnerstag  
17.00 - 19.00 Uhr

Postgirokonto Berlin-West 3024-107

Bank für Gemeinwirtschaft  
BLZ 100 101 11, Kto.-Nr. 100-4558 300

Prime Minister  
Yildirim Akbulut  
Office of the Prime Minister  
Basbakanlik  
Ankara, Turkey

Berlin, den 12.04.1990

Sehr geehrter Herr Minister,

die Internationale Liga für Menschenrechte protestiert dagegen, daß Herr Dr. Nihat Sargin und Herr Haydar Kutlu (Nabi Yagci) seit über zwei Jahren ohne Urteil inhaftiert sind. Wir fordern die sofortige Freilassung.

In einem Land, das den Vereinten Nationen und der nato angehört sowie der Europäischen Gemeinschaft beitreten will, sollte die strikte Einhaltung des Menschenrechts auf Meinungs- und Organisationsfreiheit selbstverständlich sein. Wir sind der Auffassung, daß mit diesen Rechten die Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches unvereinbar sind.

Wir appellieren an Sie, sich dafür einzusetzen, daß der Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser Artikel so schnell wie möglich in das Parlament eingebracht wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eleonore Kujawa  
(Präsidentin)

Aliasa Fuss  
(Vizepräsidentin)

Prof. Ossip Flechtheim  
(Vizepräsident)

Ehrenpräsident: Prof. Carl-Heinz Evers - Präsidentin: Eleonore Kujawa - Vizepräsidentin: Veronika Arendt-Rojahn - Vizepräsident: Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim  
Die Carl-von-Ossietzky-Medaille wurde bisher verliehen an: Otto Lehmann-Russbuelt (1982), Rudolf Küstermeier (1983), Joseph Wulf (1984), Probst Dr. Heinrich Grüber (1965), Fritz von Unruh (1966), Günter Grass (1967), Kai Hermann (1968), Dr. Robert M. W. Kempner (1969), Prof. Dr. Walter Fabian (1970), Walter Schulze - für den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg (1971), Carola Stern - amnesty international (1972), Prof. D. D. Helmut Gollwitzer (1973), Heinrich Böll (1974), Heinrich Albertz (1975), Betty Williams, Mairead Corrigan, Cieran McKeown (1976), Wilf Bleicher, Dr. Helmut Simon (1977), Dr. Rudolf Bahro (1978), Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Fritz Eberhard (1979), Dr. Ingeborg Drewitz (1980), Gert Bastian (1981), William Borm (1982), Heinz Brandt, Martin Niemöller (1983), Günter Wallraff (1984), Lea Rosh (1985), Erich Fried (1986), Eberhard Curt, Eckart Rotka, Imme Storsberg (1987), Dr. Klaus Bodnarz (1988).

amnesty international  
Gruppe Berlin-Mitte  
Memhardstr. 03  
Berlin 1 0 2 0 GDR

An den Herrn Justizminister  
der Republik Türkei  
Mahmut Oltan Sungurlu  
Adalet Bakanligi  
TR - 06659 Ankara Türkei

Berlin, den 17.04.90

Nach einer Information von amnesty international ist uns bekannt,  
daß die seit November '87 inhaftierten gewaltlosen politischen  
Gefangenen

Dr. Nihat Sargin (64) und Nabi Yagci (46)  
in einen Hungerstreik getreten sind. Dieses Todesfasten soll ohne  
Unterbrechung bis zur Freilassung oder bis zum Zeitpunkt dauern,  
an dem die Vorschriften nach den Paragraphen 141, 142, 163 des  
türkischen Strafgesetzbuches und die Einschränkung des Rechts,  
eine Kommunistische Partei zu bilden, aufgehoben werden.  
Wir möchten unsere Besorgnis über den Gesundheitszustand der bei-  
den gewaltlosen politischen Gefangenen Ausdruck verleihen. Wir  
fordern dringend, daß ihnen, insbesondere angesichts des Alters  
von Dr. Sargin, jede notwendige ärztliche Behandlung zuteil wird.  
Desweiteren fordern wir dringend, die beiden gewaltlosen politischen  
Gefangenen sofort und bedingungslos freizulassen sowie die Anklage  
gegen sie fallenzulassen,  
Wir empfehlen, die Paragraphen 141, 142, und 163 des türkischen  
Strafgesetzbuches zu ändern und für den Zeitraum bis zur Straf-  
rechtsänderung von der Anwendung derartiger Gesetzesvorschriften  
Abstand zu nehmen, weil sie die Inhaftierung von gewaltlosen  
politischen Gefangenen möglich machen.

Hochachtungsvoll

*Dirk Lange*  
*Silvia Burck*  
*Rene Rupp*  
*Kirsten Secher*  
*Waldemar*



An den  
Innenminister Abdülkadir Aksu  
Bakanliklar- Ankara

Berlin, 10.4.1990

Sehr geehrter Herr Minister,

Seit dem 4. April 1990 befinden sich die türkischen Staatsangehörigen Herr Haydar Kutlu und Nihat Sargin in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen ihre Inhaftierung seit dem 16 November 1987. Diese Inhaftierung als politische Gefangene ist ein eindeutiger Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention. Es gibt keinen Grund die Inhaftierung dieser zwei und aller anderen politischen Gefangenen aufrechtzuerhalten.

Wenn die Republik der Türkei ein vollwertiges und geachtetes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sein wird, öffnet sie die Gefängnisse, wie das auch in Ost-Europa geschehen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung



T. Veerkamp, Pfarrer.

45 283 335225 TMMED D  
f. d. d. 18.4.90

# VEREINIGUNG DEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN · REGIONALGRUPPE HAMBURG

# VDJ

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Jurists Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel. Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der UNO und der UNESCO.

VDJ e/o J.P. Hjort · Friedensallee 46-48 · 2000 Hamburg 50

Kontaktadresse:  
RA Jens Peter Hjort  
Friedensallee 46-48  
2000 Hamburg 50  
Tel.: (0 40) 39 11 13

## Erklärung

der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der  
Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West e.V.

Die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West e.V., Regionalgruppe Hamburg, hat mir Erschütterung davon Kenntnis genommen, daß die im Zentralgefängnis in Ankara/Türkei inhaftierten Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), Nihat Sargin und Haydar Kutlu, am 6.4.1990 in den unbefristeten Hungerstreik getreten sind. Nach der uns vorliegenden Erklärung soll das Todesfasten bis zur Aufhebung des Verbots der kommunistischen Partei durch die gesetzlichen Regelungen der §§ 141, 142 und 163 oder bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür und/oder bis zur Freilassung beider andauern.

Die VDJ hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit diesen Vorschriften des Türkischen Strafgesetzbuches befaßt. Wir sind zur Überzeugung gelangt, daß mit diesen Paragraphen alle Bestrebungen bekämpft werden sollen, die auf einer Erweiterung der demokratischen Rechte der Bevölkerung in der Türkei abzielen. Wir halten diese Vorschriften in ihrer tatbestandlichen Weite, die auch eine strafrechtliche Verfolgung abweichender Meinungen ermöglichen soll, für unvereinbar mit den Menschenrechten, wie sie völkerrechtlich auch für die Türkei verbindlich sind.

Nach unserem Eindruck eint der Kampf um die Aufhebung der §§ 141, 142 und 163 des Türkischen Strafgesetzbuches sowohl die politische Opposition in der Türkei wie auch die Demokratischen Bewegungen in Europa. Wir sehen daher in dem Todesfasten von Nihat Sargin und Haydar Kutlu den verzweifelten Versuch, den Kampf für eine Demokratisierung der politischen Verhältnisse in der Türkei einen entscheidenden Impuls zu geben. Gleichzeitig soll auf die unmenschlichen Auswirkungen einer auf der Basis dieser Strafrechtsbestimmungen fußenden Politik hingewiesen werden, die unter anderem auch zur nun schon 29monatigen Inhaftierung von Kutlu und Sargin geführt hat.

Wir erklären uns mit dem Ziel des Hungerstreiks von Nihat Sargin und Haydar Kutlu solidarisch und fordern die Verantwortlichen in der Türkei ebenso wie die Verantwortlichen unseres Landes auf, Bedingungen in der Türkei zu schaffen, die mit den grundlegenden Bestimmungen der Menschenrechte und der Demokratie vereinbar sind.

Die Presse bitten wir, über den Hungerstreik von Kutlu und Sargin und über seine Zielrichtung zu berichten.

Hamburg, 11.4.1990

Dr. Udo Mayer  
-Vorsitzender-



Annet Kadem Arslan / E: L - 2: 136

# ÖLÜM ORUCUNDAKİ BU İKİ İNSANI UNUTMA!



**ÖZGÜR, DEMOKRATİK, YASAKSIZ BİR TÜRKİYE: BU HASRET BİZİM.....**

Ankara Merkez Kapalı Cezaevi'nde 141-142. maddelerden tutuklu bulunan TBKP Genel Başkanı Nihat Sargın ve Genel Sekreteri Haydar Kutlu 6 Nisan '90' dan beri süresiz açlık grevindeler. Biri 64, diğeri 46 yaşında olan ve 29 aydır hiçbir hukuki gerekçe kalmadığı halde tutuklulukları süren bu iki insan şimdi yaşamları pahasına direnmektedirler;

- **çünkü**, ülkemiz Türkiye'de yasaklar hala sürmekte, insan hakları çiğnenmektedir.
- **çünkü**, hayat pahalılığı olağanüstü tırmanırken, emekçilerin hak istemleri bastırılmaktadır.
- **çünkü**, ülkemizin sorunları, özellikle kürt sorunu askersel-polisiye yöntemlerle çözülmeye çalışılmakta, Doğu'da ilan edilmemiş savaş sürmektedir.
- **çünkü**, terör tırmandırılmakta, ülkemizin yüz akı olan insanlar şiddete kurban edilmektedir.
- **çünkü**, 142-142-163 gibi antidemokratik yasalar yüzünden binlerce yurtsever cezaevinde ya da sürgünde sürünmekte, politik haklarını kullanamamakta ancak bu maddelerin kaldırılması konusu hükümet tarafından defalarca verilen sözlere rağmen sürüncemede bırakılmaktadır.
- **çünkü**, cezaevleri ağzına kadar doludur, tutuklamalar, hukuk-dışı yargılamalar, işkenceler şiddetlenerek sürmektedir.

**Kısacası**, ülkemizde demokratik gelişmenin önü yasaklar ve tabular ile örülmüştür. Son gelişmeler 12 Eylül'ün ilk günlerini hatırlatmakta, hızla katılımcı bir demokrasiye geçilemezse ülkemizi ciddi tehlikeler beklemektedir.

Bu iki insanın haklı direnişi hepimizin özlemi olan özgür, demokratik, barışçıl, insan haklarına saygılı bir Türkiye'nin yaratılmasına katkıda bulunmak içindir.

**GELİN, TÜRKİYE'DE TÜM POLİTİK TUTUKLULARIN SERBEST BIRAKILMASI VE 141-142-163. MADDELERİN KALDIRILMASI İÇİN SARGIN VE KUTLU'YA DESTEK OLALIM!**

**DEMOKRASİ VE ÖZGÜRLÜK İÇİN YASAK DUVARLARINI ONLARLA BİRLİKTE YIKALIM!**

Sargın ve Kutlu ile  
Dayanışma Girişimi

# DENKE AN DIESE BEIDEN MENSCHEN, DIE SICH IM TODESFASTEN BEFINDEN!

Nihat Sargin, der Vorsitzende und Haydar Kutlu, Generalsekretär der TBKP-Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei-, die seit nun über 29 Monaten in dem Zentralgefängnis von Ankara Inhaftiert sind, traten am 6. April 1990 in einen unbefristeten Hungerstreik. Die beiden Politiker werden vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) wegen der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt. Diese zwei Menschen, die 64 und 46 Jahre alt sind, leisten jetzt gegen ihre Inhaftierung, die auf keine rechtliche Grundlage beruht, mit ihrem Leben Widerstand,

- denn in unserem Land, in der Türkei sind Verbote und Menschenverletzungen weiterhin an der Tagesordnung.
- denn der Lebensunterhalt ist für die Bevölkerung nicht mehr ertragbar, die Forderungen und die Rechte der Erwerbstätigen werden unterdrückt.
- denn man versucht die Probleme unseres Landes, insbesondere die kurdische Nationalfrage mit Militär- und Polizeimaßnahmen zu lösen im Osten des Landes wird ein inoffizieller Krieg gegen die Bevölkerung geführt.
- denn der Terrorzustand wird erneut an den Tagespunkt der Türkei gesetzt und Menschen werden dem Gewalt ausgesetzt.
- denn Tausende von Patrioten sind wegen der antidemokratischen Paragraphen wie 141,142 und 163 im Gefängnis, unter schweren Lebensbedingungen im Exil und können ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen, jedoch wird die Frage der Abschaffung der Paragraphen 141, 142 und 163 hinausgezögert.
- denn die Gefängnisse sind überfüllt, Verhaftungen, rechtswidrige Anklagen Prozesse und Folterungen sind Weiterhin in einer verschärften Art und Weise an der Tagesordnung.

Kurzum die angestrebte Demokratisierungsprozeß der Demokratie in unserem Land, in der Türkei wird mit Verboten und Tabus, die uns an die ersten Tage des Militärputsches am 12. September 1980 erinnern, verhindert.

Falls der Übergang zu einer pluralistischen Demokratie nicht gelingt wird unser Land mit ernststen Gefahren konfrontiert sein.

Dieser gerechte Widerstand ist ein Beitrag zur Schaffung einer freien demokratischen und friedlichen Türkei wo Menschenrechte geachtet werden.

LASST UNS FÜR DIE FREILASSUNG SARGIN, KUTLU UND ALLER POLITISCHEN

GEFANGENEN IN DER TÜRKEI UND ABSCHAFFUNG DER PARAGRAPHEN 141-142-163 EINSETZEN!

LASST UNS FÜR DIE DEMOKRATIE UND FREIHEIT KÄMPFEN UND DIE MAUER DER VERBOTE GEMEINSAM ABBAUEN!

Solidaritätsinitiative mit  
Sargin und Kutlu.

## WAS KÖNNEN SIE TUN ?

Sie können Protestschreiben schicken an:

-Turgut Özal  
Cumhurbaşkanı  
Ankara-Türkei  
-Yıldırım Akbulut  
Başbakan  
Bakanlıklar  
Ankara-Türkei

Um Ihre Unterstützung und Solidarität auszudrücken, schreiben Sie bitte an:

Dr. Nihat Sargin ve Haydar Kutlu  
Merkez Kapalı Cezaevi  
Ulucanlar, Ankara  
TÜRKEI

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie eine Kopie von Ihren Schreiben an uns als Information schicken würden.

# Hungerstreik seit fünfzehn Tagen

*Türkische Kommunistenführer seit ihrer Rückkehr aus dem Exil 1987 in Haft / Hungerstreik gegen Strafgesetze*

Berlin (taz) — Seit 15 Tagen befinden sich die beiden führenden Politiker der türkischen kommunistischen Partei (TBKP), Nihat Sargin und Haydar Kutlu, in einem unbefristeten Hungerstreik in der Justizvollzugsanstalt Ankara. Beide sind dort seit über zwei Jahren inhaftiert, seit Juni 1988 läuft gegen sie und vierzehn andere Angeklagte ein Mammutprozeß. Anfang April hatte das Staatssicherheitsgericht in Ankara zum wiederholten Mal einen Antrag auf Freilassung abgelehnt.

Sargin und Kutlu waren am 16. November 1987 aus dem Exil in die Türkei zurückgekehrt und wurden noch auf dem Flughafen verhaftet. Am 8. Juni 1988 wurde der Prozeß eröffnet. Ihnen wird hauptsächlich zur Last gelegt, eine Vereinigung zu führen, deren Ziel „die Herrschaft einer sozialen Klasse“ sowie die Zerstörung der bestehenden Wirtschaftsordnung ist. Laut Paragraph 141 des Strafgesetzbuches kann dies mit einer Gefängnisstrafe zwischen acht und fünfzehn Jahren bestraft werden. Für die Förderung oder Leitung mehrerer solcher Vereini-

gungen droht die Todesstrafe.

Ihren Hungerstreik wollen die beiden erst abbrechen, wenn sie freigelassen und die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches gestrichen werden, auf denen unter anderem das Verbot der kommunistischen Partei basiert. Eine Vorlage zur Reform dieser Gesetze ist von der Regierung Özal immer wieder verschoben worden. Die türkischen Sozialdemokraten for-

dern die komplette Streichung. Propaganda „in welcher Form auch immer“ wird nach Paragraph 142 mit Gefängnis zwischen fünf und zehn Jahren geahndet. Paragraph 163 stellt „antisäkulare Propaganda“ unter Strafe und richtet sich vor allem gegen islamisch orientierte Gruppen. Mit dieser Allzweckwaffe wurden in den letzten Jahren Parteien und Organisationen verboten, zahlreiche Gewerkschafter, Politi-

ker und Intellektuelle mit Strafverfahren überzogen.

Amnesty international hat inzwischen eine Eilaktion gestartet. In Briefen an die türkische Regierung haben sich Berlins stellvertretende Bürgermeisterin Stahmer (SPD), die Alternative Liste und die Liga für Menschenrechte für die Freilassung von Sargin, Kutlu und anderer politischer Gefangener in der Türkei eingesetzt. anb

DM 2,50  
M 2,50

Postvertriebsstück  
Gebühr bezahlt

111000

Nr. 17 · Freitag, 20. April 1990

Wochenzeitung

politisch erzieht hält käme Ma nicht einen inlich

Moicht, einer Lin-Wir-der we-ks-ak-der der sch tet. ir-er-ir-us b“ r-es ol p-b-i-i-r-e r- r- z-

Ayşe Bilge Dicleli

# Die Türkei steht am Scheideweg

*Als Haydar Kutlu und Nihat Sargin 1987 in die Türkei zurückkehrten, um die türkische KP zu legalisieren, sprach manches für eine schnellere Demokratisierung des Landes. Tatsächlich gestaltet sich die türkische Entwicklung weitaus komplizierter. Die beiden sitzen seit ihrer Ankunft im Gefängnis und setzen nun mit einem „Todesfasten“ ein dramatisches Zeichen.*

Seit dem 6. April 1990 befinden sich der Vorsitzende der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) Dr. Nihat Sargin und der Generalsekretär Haydar Kutlu im Hungerstreik. Die beiden Politiker kehrten am 16. November 1987 in ihre Heimat zurück. Sie wurden direkt am Flughafen festgenommen, gefoltert, eingesperrt und angeklagt. Seit 29 Monaten sind sie im Gefängnis. Inzwischen kehrten auch andere Funktionäre der Partei zurück. Prozesse gegen Funktionäre der Partei wurden eröffnet, doch nur Sargin und Kutlu sind weiterhin inhaftiert. Trotz der zahlreichen Podiumsdiskussionen, Beschlüsse des Europaparlaments, trotz Erklärungen der oppositionellen Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) und der Partei des Rechten Weges (DYP) werden sie als „Geiseln der Demokratie“ festgehalten.

In den letzten Jahren, in denen der Kampf um Demokratie in der Türkei neue Dimensionen annahm, hat sich

manches hier verändert: Zwar hörten die Verletzungen der Menschenrechte nicht auf, doch konnte wenigstens darüber in den türkischen Zeitungen berichtet werden. Obwohl viele Nummern beschlagnahmt und verboten werden, erscheinen erstmals wieder progressive Zeitschriften. Mit langdauernden Hungerstreiks erreichten die politischen Gefangenen wenigstens Verbesserungen ihrer Haftbedingungen. In der türkischen Öffentlichkeit ist eine heftige Debatte um die Paragraphen 141, 142 und 163 entbrannt, die das Verbot der Kommunisten, aber auch religiöser Parteien beinhalten. Die regierende Mutterlandspartei (ANAP) mußte daraufhin dem Beispiel der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) folgen und einen Entwurf für die gesetzliche Neuregelung dieser Artikel vorbereiten. Mit der Diskussion um eine friedliche Lösung der kurdischen Nationalfrage steht das Land jetzt aber an einem Scheideweg: Entweder reiht es sich unter die demo-

erblüht in Polen ein Pluralismus der veröffentlichten Meinungen, der trotz organisatorischer und institutioneller Buntheit und Vielfalt seinen monolithischen Mitte-Rechts-Charakter kaum zu verbergen versucht.

strie, was nicht zuletzt den quasifeudalen Verhältnissen auf dem Land, wo 70% der 19 Mio. Nepalesen in krasse Armut leben, und dem Versickern von Entwicklungs-Millionen in den Taschen der einheimischen Elite geschuldet ist. Hinzu kommt die objektiv schwierige Lage im Himalaya,

kratischen Länder ein oder aber kehrt zurück in die Dunkelheit der Gewalt, der Unterdrückung und des Terrors. Die Ermordung von einem bekannten Juristen der Türkei, Prof. Muammer Aksoy, der Totschlag an dem Journalisten Ceyin Emec waren die ersten Anzeichen dafür, daß jene Kräfte in der Türkei, die sich mit Demokratie nicht abfinden, nicht untätig sind. Doch was macht die Regierung?

## Demokratie oder Demagogie

Im September 1989 sprach der derzeitige Staatspräsident Turgut Özal als Ministerpräsident vor dem Europarat und kündigte an, daß sich die Türkei um die Mitgliedschaft in der EG bemüht und Fortschritte in Richtung Demokratie und Menschenrechte erreicht hat. Doch am 11. April, nach einer Regierungssitzung unter seinem Vorsitz wurden Sondermaßnahmen angekündigt, die an die ersten Erlasse nach dem Militärputsch (1980) erinnern: Deportation der Kurden, Verbot von Zeitungen und Zeitschriften, Verhaftungen der Menschen, die ihre Meinung dagegen äußern.

Anfang 1990 kündigte Justizminister Öltan Sungurlu an, daß die gesetzlichen Regelungen der Artikel 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches bald im Parlament diskutiert würden. Doch am 6. April erschien in den Zeitungen eine ganz andere Erklärung von ihm: Da sehr wichtige Ereignisse passieren, könne die Regierung diese Änderungen nicht auf ihre Tagesordnung nehmen.

Es ist offensichtlich, daß die Türkei große Probleme hat. Doch mit welchen Mitteln wird man sie lösen? Mit Gewalt, mit Repressivmaßnahmen oder mit Toleranz, Dialog und auf demokratischem Weg? Seit Jahrzehnten werden Militär- und Polizeimaßnahmen angewandt, doch die kurdische Nationalfrage konnte nicht gelöst werden. Seit Jahrzehnten versucht man alle progressiven Menschen als „Kommunist“ abzustempeln, um die sozialen Probleme zu vertuschen.

Das Dilemma, vor dem die regierende Mutterlandspartei steht, erklärt sich aus dem Verlust ihrer Wählerbasis durch die unpopuläre Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nach wie vor befindet sich im Land ein Staat im Staate, dessen Interessen mit dem Demokratisierungsprozeß kollidieren. Mit dem Fortschreiten der Abrüstungsverhandlungen und dem Verschwinden der traditionellen „Ost-West-Feindbilder“ suchen diese Kräfte, die sich mit der regierenden ANAP verbündet haben, nach neuen Feindbildern, um den Totalitarismus in der Türkei aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Bedingungen kamen 130 Personen aus der KP, der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei, der Gruppe Sozialistische Einheit, der Gruppe „Neue Formation“ und zahlreichen Intellektuellen des Landes zusammen, um über ihre Zusammenarbeit zu beraten. Sie kündigten im April an, daß sie gemeinsam mit einigen Abgeordneten eine linke Partei gründen werden. Für die zersplitterte türkische Linke wenigstens ein Hoffnungsschimmer, sich in den komplizierten Anpassungsprozeß der türkischen Politik einzubringen.

ziehen durch die vornehmsten Straßen der US-Städte... Südafrika muß eine viel größere Last bewältigen... Aber dort gibt es ein Gefühl, das es möglich ist, und was macht das für einen Unterschied aus.  
(Aus: New York Times)

den Sieg des Volkes zu verschenken, um einen Kompromiß zu erz... n. Wir können alles verlieren. Der König hat die politischen Parteien erlaubt, aber wenn wir es dabei belassen, kann er sie auch von neuem verbieten, wann immer es ihm günstig erscheint.“

Protestaus Berlin

+

Presse

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI  
TÜSTAV